

lfd_Nr	Zuordnung Kongress	Zuordnung LBDelKo Bayern	Antragstitel	Antragsteller	Herkunft	Beschluss	Erledigungsvermerk
1172	A 002	B001	Einführung eines Europa-Feiertages	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen zur Weiterleitung an den Hauptvorstand bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen	So sinnvoll ein solcher Feiertag scheinen mag, er hat gegenwärtig keine Chance auf eine Realisierung. Das Werben für die europäische Idee wird von der IG BCE jedoch in vielfältiger Art und Weise vorangetrieben. So beispielsweise, wenn es gelingt, die aktuellen Debatten zur europäischen Energiepolitik und zum Handelsabkommen TTIP mit den USA erfolgreich zu regeln. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Verteidigung unserer Idee von Europa: Einem Europa der Bürger und der sozialen Gerechtigkeit.
1173	G 020	B002	Öffentlichkeitspräsenz gegen Rechts	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen zur Weiterleitung an den Hauptvorstand	Die IG BCE hat flächendeckend an anti-Pegida Demonstrationen teilgenommen. Im Januar 2015 wurde u. a. in einem Schreiben dazu aufgerufen. Während der Internationalen Wochen gegen Rassismus ruft die Abt. Politische Schwerpunktgruppen - Bereich Migration/Integration regelmäßig dazu auf, sich u. a. rechten Versammlungen entgegenzustellen. Ortsgruppen und andere Gremien werden in ihrer Arbeit gegen rechts von der Abteilung Politische Schwerpunktgruppen - Bereich Migration/Integration (auch vor Ort) unterstützt.
1174	B 042	B005	Erhöhung der Pendlerpauschale	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag B 040	<i>Mit der Erklärung zu Antrag B 040 ist auch der Antrag B 042 erledigt.</i> Die Abteilungen Politik und Industrie- und Wirtschaftspolitik setzen sich seit dem 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongress verstärkt für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem ein. Während sich die IG BCE bei den Themen Spitzensteuersatz und Besteuerung großer Vermögen nicht durchsetzen konnte, ist es inzwischen gelungen, den Informationsaustausch zwischen Finanzbehörden der EU-Mitgliedsstaaten zu intensivieren. Dies hat in Verbindung mit dem Ankauf von Steuer-CDs durch die Länder eine steigende Steuerehrlichkeit zur Folge. Die IG BCE hat sich mit Nachdruck für diesen Kurs in der Politik ausgesprochen und verschiedene Landesregierungen sowie die Koalitionspartner im Bund bestärkt, weiter in diese Richtung zu gehen.
1175	A 034	B008	Chancengleichheit durch anonymisierte Bewerbungen	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen	In Veranstaltungen, u. a. mit dem BAVC wurde für das anonyme Bewerbungsverfahren geworben. Unternehmen haben es nicht aufgegriffen und angewandt. Das Thema kann zwar im Rahmen der Offensive Mitbestimmung annonciert werden, es handelt sich aber nicht um ein klassisches Mitbestimmungsthema, so dass die Umsetzungsmöglichkeiten eher begrenzt sind.
1176	B 020	C001	Sichere Arbeitsplätze – auch bei und durch die Energiewende!	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Einrichtung einer neuen HV-Abteilung Energiewende / Nachhaltigkeit im VB 1; Innovationsforum Energiewende; Erarbeitung von Vorschlägen zur Reform der Strommarkt ordnenden Gesetzgebung wie EEG, EEAG, KWKG, EnWG u.a. und Politik für diese Vorschläge in verschiedenen Aktionsformen wie Kongresse, Veranstaltungen mit Betriebsräten, Unternehmen, Wissenschaft, Politik; Medienarbeit, Stellungnahmen, Fachpublikationen, europäischer und globaler gewerkschaftlicher energiepolitischer Austausch und Zusammenarbeit.☒
1177	B 019	C002	Strom muss bezahlbar bleiben	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Einrichtung einer neuen HV-Abteilung Energiewende / Nachhaltigkeit im VB 1; Innovationsforum Energiewende; Erarbeitung von Vorschlägen zur Reform der Strommarkt ordnenden Gesetzgebung wie EEG, EEAG, KWKG, EnWG u.a. und Politik für diese Vorschläge in verschiedenen Aktionsformen wie Kongresse, Veranstaltungen mit Betriebsräten, Unternehmen, Wissenschaft, Politik; Medienarbeit, Stellungnahmen, Fachpublikationen, europäischer und globaler gewerkschaftlicher energiepolitischer Austausch und Zusammenarbeit.☒
1178	D 022	D001	Leiharbeit und Werkverträge klarer gesetzlich regeln	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Siehe Antrag D 015, Lfd.-Nr. 1242 Die IG BCE hat sich sowohl auf der politischen Ebene wie auch im DGB für die Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen klar ausgesprochen, Veranstaltungen dazu durchgeführt und politisch mobilisiert.

1179	D 049	D004	Mitbestimmung bei Arbeitnehmerüberlassung	Bezirksdelegiertenkonferenz Kelheim Zwiesel	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag D 048	Die IG BCE hat unmittelbar nach Schluss des Kongresses 2013 eine Offensive Mitbestimmung ins Leben gerufen, die gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und dem DGB für eine Stärkung der Betriebsverfassung in drei Handlungsfeldern sorgen soll. Im ersten Handlungsfeld sollen die Lücken, die nach wie vor in dem Betriebsverfassungsgesetz bestehen, durch konkrete Reformvorschläge zur Verbesserung des Betriebsverfassungsrechts begründet dargelegt werden. Ziel ist es, auf den Gesetzgeber einzuwirken, diese Lücken zu schließen und damit Mitbestimmung den aktuellen Anforderungen anzupassen. In einem zweiten Feld geht es darum, Betriebsräten bessere Handlungsmöglichkeiten zur konkreten Anwendung und zur strategischen Umsetzung von Mitbestimmungsrechten anzuleiten. Die Abteilung Mitbestimmung verfasst dazu zu einzelnen Schwerpunktthemen praxisnahe, nur Einzelthemen umfassende Handlungshilfen und Checklisten, mit denen in der Praxis einfacher und schneller gearbeitet werden kann. Unser politischer Anspruch besteht darin, Betriebsräten nicht nur die einzelnen Rechte des Betriebsverfassungsgesetzes wiederzubringen, sondern ihnen die strategischen Ansätze, die Mitbestimmung ermöglicht, zu vermitteln und sie zur konsequenten und professionellen Anwendung ihrer rechtlichen Möglichkeiten zu qualifizieren. In einem dritten Handlungsfeld wollen wir die mitbestimmungsfreien Zonen erreichen und für eine leichtere Möglichkeit der Wahl von Betriebsräten sorgen, die Behinderungen von Betriebsratswahlen und Betriebsräten stärker sanktionieren lassen und die Organisation durch mehr Betriebsräte und eine bessere Organisation in den Betrieben stärken. Die Offensive Mitbestimmung ist in Abstimmung mit der Hans-Böckler-Stiftung und dem DGB in allen drei Fällen auf einem guten Weg. Es ist nicht zu erwarten, dass noch in dieser Legislaturperiode Reformvorschläge für das Betriebsverfassungsgesetz umgesetzt werden können. Deshalb wird sich die IG BCE dafür einsetzen, dass die Parteien in ihren Wahlprogrammen für die nächste Bundestagswahl entsprechende Reformvorschläge aufnehmen. Außerdem wollen wir erreichen, dass Betriebsräte sich mit erfolgreichen Projekten bei einer konsequenten und strategischen Anwendung der Mitbestimmung für den Deutschen Betriebsräte-Preis bewerben und damit eine stärkere Öffentlichkeit für die guten Erfolge der Mitbestimmung erreichen und unterstützen.
1180	F 055	D005	Gesetzliche Richtigstellung des Begriffes 'Lückenlose Krankschreibung'	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Dieser Forderung wurde durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz entsprochen. Die Regelung ist zum Ende des Jahres 2015 in Kraft getreten.
1181	B 049	D006	Abschaffung der Besteuerung des Kurzarbeitergeldes	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung als Material zur Weiterleitung an den Hauptvorstand	Eine erneute Prüfung der Steuersystematik im Bereich der Sozialversicherungen hat wieder ergeben, dass ein Wegfall der Besteuerung des Kurzarbeitergeldes steuersystematisch sehr schwierig zu realisieren ist. Sie hätte weitreichende steuerpolitische Implikationen und ist, so wünschenswert die Abschaffung auch wäre, schwierig durchzusetzen. Wir werden diese Forderung in die Koalitionsverhandlungen nach den Bundestagswahlen im Herbst 2017 erneut einbringen.
1182	D 002	E001	Projekt zur Arbeitsverdichtung und Stress	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen mit Änderungen: Streichung Absatz in Zeile 50 - 53 und ersetzen durch: 'Die Tarifkommissionen werden aufgefordert zu prüfen, wie und ob die in manchen Branchen geltenden tarifpolitischen Instrumente um verpflichtende Untersuchungen auch zur psychischen Arbeitsbelastung ergänzt und weiterentwickelt werden können.	In der zurückliegenden Amtszeit des geschäftsführenden Hauptvorstandes wurde ein 3-jähriges Projekt „Arbeitswissenschaft“ in der Abteilung Arbeitspolitik eingerichtet, das insbesondere die Verbindung der Gute Arbeit Themen zur Arbeitswissenschaft und deren Wechselwirkungen und jeweilige Bedingungen zueinander untersucht. Das im Projekt formulierte, im Sinn, insbesondere Arbeitsverdichtung und Stress zu bewerten, hat bei der Beschreibung des Projektes sowie in deren Umsetzung einen großen Stellenwert.
1183	M 007	E002	Psychische Belastungen am Arbeitsplatz	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Ist schon als Material zu E001 in den Kongress eingegangen	siehe E001
1184	D 017	E003	Fachkräftemangel Chance und Risiko	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen mit Änderungen: Einfügen eines neuen Spiegelpunktes nach Zeile 22 'Verstärkte Weiterbildungsaktivitäten der Unternehmen für geringqualifizierte Beschäftigte'	Im Rahmen der Initiative „Gute Arbeit - Wir regeln das!“ haben wir sowohl in den Handlungsfeldern Beschäftigung sowie Qualifizierung das Thema Übernahme und Fachkräftebedarf thematisiert und damit die tarifpolitischen Aktivitäten der IG BCE unterstützt.
1185	E 007	E005	Tarifpolitik weiterhin an Zukunftsthemen ausrichten	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Die im Antrag benannten Zukunftsthemen wurden auch im Berichtszeitraum weiterentwickelt. Beispielsweise ist die Anzahl der Ausbildungsplätze in der chemischen Industrie durch den Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“ weiter gesteigert worden. Der Demografiebetrag konnte auf mittlerweile 750 Euro/Jahr/Arbeitnehmer angehoben werden.

1186	E 029	E009	Unbefristete Übernahme nach der Ausbildung	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Erledigt durch Antrag E 026	In einer Reihe von Tarifverträgen wurden Übernahmeregelungen für Ausgelernte vereinbart.
1187	M 006	E010	Unser Einsatz für eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Anlage E009	
1188	M 005	E011	Unbefristete Übernahme	Landesbezirkdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Anlage E009	
1189	E 048	E012	Anpassung von Tarifverträgen an Pflegezeitgesetz	Landesbezirkdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen zur Weiterleitung an den Hauptvorstand	Die Ausweitung des Freistellungskatalogs für Arbeitnehmer mit pflegebedürftigen Angehörigen im Zusammenhang mit den gesetzlichen Bestimmungen konnte nicht erreicht werden.
1190	M 004	E013	Akutupflege für nahe Angehörige	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Annahme als Material zu E0012	
1191	C 031	E017	Weiterbildungsförderung	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen	Diskussion wird in den BR-Grundseminaren und Fachtagungen regelmäßig aufgegriffen.
1192	E 045	E018	Schluss mit Kettenbefristungen in IG BCE-Tarifverträgen	Landesbezirkdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen bei einer Gegenstimme zur Weiterleitung an den Hauptvorstand	In einer Reihe von Tarifverträgen gibt es die Möglichkeit den gesetzlichen Rahmen zur Befristung von Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen freiwilliger Betriebsvereinbarungen auszuweiten. Eine Änderung dieser Tarifverträge wurde nicht verfolgt, da diese Regelungen im Einzelfall ein beschäftigungsförderndes Instrument ist. Die Forderung wurde bei den Verhandlungen zum TV Kunststoff aufgenommen und Fortschritte erzielt. In kommenden Verhandlungen wird dies auch weiterverfolgt.
1193	G 011	E020	Einsatz für Dual-Studierende	Landesbezirkdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Die Aktivitäten mit und um die Zielgruppe Dual-Studierende werden fortgeführt. Eine konkrete Betreuung und das Schaffen von Angeboten muss jedoch weiterhin dezentral organisiert werden. In Bayern wurde versucht die Dual-Studierenden zu erfassen. Wir bekamen keine regelmäßigen Daten aus den Betrieben. Durch Personalwechsel erstmal zurückgestellt. Wir weiterverfolgt.
1194	A 033	F002	Bessere Balance von Lebens- und Arbeitszeit	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen	Für eine bessere Balance von Lebens- und Arbeitszeit wurden in einigen Unternehmen gute Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die den gesetzlichen Rahmen von Kinderbetreuung und Pflege positiv ergänzen.
1195	A 022	F003 & F004	Anspruch auf Vollzeit nach Teilzeit	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen	Die IG BCE fordert ein Gesetz zur Rückkehr von Teilzeit auf Vollzeit.
1196	A 030	F005	Staatliche Unterstützung für Betriebskindergärten und Kinderkrippen	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag A 029	siehe A 029 Die IG BCE hat mit dem BAVC als Sozialpartner mittlerweile zwei Familienbüros an unterschiedlichen Industriestandorten etabliert. BASF und andere Unternehmen bieten werkseigene Kitas an. Die IG BCE fordert weiterhin Unternehmen auf, Kitas an Industriestandorten einzurichten. Dieses ist ein fortwährender Auftrag.
1197	A 006	F006	Gleiche und Gleichwertige Arbeit – Gleicher Lohn	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Abgelehnt bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen	
1198	M 003	F008	Geschlechterunabhängige Löhne / Gehälter	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Annahme als Material zu F006	
1199	F 049	F009	Rentenzugang von Werkfeuerwehrleuten vor dem Hintergrund der Einsatzfähigkeit / Lücken schließen – Werkfeuerwehrleute müssen aus dem regulären Dienst in Rente gehen können	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag F 048	siehe F 048 Gesonderte Regelungen im Rentenrecht für besonders belastete Arbeitnehmer-Gruppen wie Schichtarbeiter, Menschen mit Schwerbehinderung, Werkfeuerwehrleute usw. sind von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bislang nicht geplant. Die IG BCE wird dem Gesetzgeber die in den Anträgen F033 – F 035 sowie F 048/F 049 formulierten Vorstellungen und Forderungen vortragen.

1200	E 060	F012	Werkfeuerwehr / Überarbeitung des § 5 – tarifliche Regelungen zum 24-Stunden-Dienst des Manteltarifvertrages in der chemischen Industrie, Zugang zu den Altersfreizeiten wie Arbeitnehmer in vollkontinuierlicher Schichtarbeit	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag E 059	Im Berichtszeitraum fand eine eigenständige Tarifverhandlung für die Werkfeuerwehren statt. Hier konnte erreicht werden, dass Arbeitnehmern, die auf Grund gesundheitlicher Einschränkung keine Alarmdiensttauglichkeit mehr haben, eine Qualifizierung und Beschäftigungsperspektive im Unternehmen garantiert wird. Darüber hinaus konnten die Zuschlagsregelungen im Bereich der Nacht- und Sonntagsarbeit für Arbeitnehmer im 24-Stunden-Dienst deutlich ausgeweitet werden.
1201	E 062	F014	Einführung einer Sonntagszulage für Arbeitsplätze im 24-Stundendienst in der Regel für Werkfeuerwehrbeschäftigte	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Erledigt durch Antrag E 059	Im Berichtszeitraum fand eine eigenständige Tarifverhandlung für die Werkfeuerwehren statt. Hier konnte erreicht werden, dass Arbeitnehmern, die auf Grund gesundheitlicher Einschränkung keine Alarmdiensttauglichkeit mehr haben, eine Qualifizierung und Beschäftigungsperspektive im Unternehmen garantiert wird. Darüber hinaus konnten die Zuschlagsregelungen im Bereich der Nacht- und Sonntagsarbeit für Arbeitnehmer im 24-Stunden-Dienst deutlich ausgeweitet werden.
1202	E 064	F016	Eingruppierung von Werkfeuerwehrleuten, die ihren beruflichen Abschluss aufgrund der Erprobungsverordnung für die Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann/-frau erlangt haben	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag E 063	Im Berichtszeitraum fanden Gespräche mit dem BAVC zur Modernisierung des Bundesentgelttarifvertrages statt. Die Gespräche wurden allerdings erfolglos abgebrochen.
1203	C 029	F017	Berufsbild Werkfeuerwehrmann/frau	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag C 027	Siehe Antrag C 027, Lfd.-Nr. 1356 Als IG BCE haben wir uns, im Rahmen der Erprobung für die Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann/zur Werkfeuerwehrfrau, für eine Überführung in eine ordentliche bundesweit gleichwertige Verordnung eingesetzt. In Niedersachsen sind wir als IG BCE bei der Einführung des Ausbildungsberufes mit involviert, so dass dieses Berufsbild auch in Niedersachsen eingeführt und von verschiedenen Unternehmen ausgebildet wird. Wir als IG BCE haben uns im Rahmen der Evaluation innerhalb des dafür eingesetzten Beirates für die Überführung der Ausbildung in eine Dauerverordnung eingesetzt. Dies wurde zum 01.08.2015 umgesetzt. Der Bereich Werkfeuerwehr hat einen eigenen Zielgruppenausschuss auf Bundes- und jeweils auf Landesebene. Ein eigener Berufsbildungsrat wurde nicht eingeführt, jedoch ist das Thema Werkfeuerwehr bei jeder Sitzung des Bildungsrates Chemie ein wichtiger Tagesordnungspunkt. Durch den aktuellen Tarifabschluss konnte die Benachteiligung der BBIG-Ausgebildeten gegenüber den Werkfeuerwehrleuten nach Länderrecht verringert werden.
1204	C 013	G001	Seminarbausteine zur Förderung der Integration von Minderheiten	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Bestandteil der Materialien zum §80 BetrVG; Ausbau bei Seminarkonzepten wird berücksichtigt.
1205	C 012	G002	Rechtsextremismus als Thema von § 37 (6)-Seminaren	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen	Akt. Bildungsmaterial zum Umgang mit rechtsextremistischen Äußerungen vorhanden. Thema wird im BR 1-3 immer wieder aufgegriffen.
1206	F 033	H001	Sicherstellen einer Altersversorgung und eines Renteneintrittsalters, das ein Leben in Würde garantiert	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Gesonderte Regelungen im Rentenrecht für besonders belastete Arbeitnehmer-Gruppen wie Schichtarbeiter, Menschen mit Schwerbehinderung, Werkfeuerwehrleute usw. sind von der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bislang nicht geplant. Die IG BCE hat dem Gesetzgeber die in den Anträgen F033 – F035 sowie F048 /F049 formulierten Vorstellungen und Forderungen vorgetragen. Für das Jahr 2016 ist noch eine Reform zur Regelung von flexiblen Übergängen aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand geplant.
1207	M 002	H003	Renteneintrittsalter für Kolleginnen und Kollegen mit Erwerbsminderung oder Schwerbehinderung	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Anlage zu H001	

1208	F 056	H005	Zeitlich unbegrenzter Zugang zu medizinischen Reha-Maßnahmen (Kuren)	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Wir haben diese Forderung dem entsprechenden Bundesministerium vorgetragen. Mit der Pflegereform tritt zum 1.1.2017 ein entsprechendes Gesetz in Kraft, das einen verbesserten Reha-Anspruch für Pflegebedürftige enthält.
1209	F 036	H007	Rentenausgleich für Eltern	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen mit Änderungen: 2. Zeile:...'und/oder tariflichen' streichen	<p>siehe F 007</p> <p>Die in den Anträgen geforderten Maßnahmen zur Neuordnung des Arbeitsmarktes (Leiharbeit, Befristung, Mindestlohn) sind zwischenzeitlich mit Unterstützung der Gewerkschaften vom Gesetzgeber auf den Weg gebracht. Durch diese Maßnahmen können die Erwerbsverläufe gestärkt und die Versicherungsbiografien der Menschen verstetigt werden.</p> <p>Mit dem Rentenpaket 2014 hat die Bundesregierung auf Druck der Gewerkschaften zentrale Forderungen der Kongress-Anträge gesetzlich geregelt. Dazu gehören z. B. die abschlagsfreie Rente ab 63, die Verbesserung der Kindererziehungs-Zeiten um ein Jahr, die Erhöhung der Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten und die Anpassung des Reha-Budgets an die demografische Entwicklung. Das Gesetz trat am 1.7.2014 in Kraft.</p> <p>Weitere zentrale Forderungen der Anträge sollen laut Koalitionsvertrag noch in dieser Legislaturperiode angegangen werden. Dies betrifft insbesondere die Regelung flexibler Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand, die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung, die Verringerung der Gefahr von Altersarmut durch Schaffung einer Lebensleistungs-Rente und die rentenrechtliche Gleichstellung der Ost- und West-Renten.</p>
1210	F 004	H008	Zukunftsfähiges Gesamtkonzept für die Sozialsysteme	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Mit dem Ausbau der sozialpolitischen Seminare für Betriebsräte/-innen und Schwerbehindertenvertrauenspersonen haben wir mit der Bewusstseinsbildung für die 'Gesamtproblematik' begonnen. Allerdings wäre es wünschenswert, in Zukunft weitere Seminare im Bildungsprogramm dazu anzubieten. Hierfür müssten allerdings entsprechende Finanzmittel bereitgestellt werden.
1211	F 054	H009	Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag F 051	<p>siehe F 051</p> <p>In Bayern gab es mehrere Initiativen mit dem politischen Ziel die Beitragsbemessungsgrenze insbesondere in der gesetzlichen Krankenversicherung anzuheben.</p> <p>Mit dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) wurde die Bedarfsplanung der Krankenhäuser sowie die Zusammenarbeit zwischen dem ambulanten und stationären Sektor reformiert. Der von der IG BCE geforderten Stärkung der Prävention wurde durch die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes in 2015 entsprochen. Die von der IG BCE geforderte Einführung einer Bürgerversicherung wird in der laufenden Legislaturperiode nicht kommen. Allerdings hat die Bundesregierung zentrale Forderungen der IG BCE aufgegriffen und hat diese in einem Gesetz zur Finanzierungsreform der GKV = Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (FQWG) beachtet. So erhalten die Selbstverwaltungen der Krankenkassen wieder das Entscheidungsrecht bei der Festlegung des Beitragssatzes zurück. Allerdings erfolgt die Festlegung kassenindividueller Beitragssätze auf der Basis eines zentralen Einheits-Beitragssatzes über Zusatzbeiträge. Durch die Festschreibung des Arbeitgeber-Beitrages und die alleinige Tragung des Zusatzbeitrages durch die Versicherten wird der Grundsatz der paritätischen Finanzierung vermutlich endgültig infrage gestellt. Immerhin wird ein vollständiger Finanzausgleich zwischen den Kassen eingeführt und der Risikostrukturausgleich so nachjustiert, dass ein gerechter Finanzausgleich zwischen den Kassen erreicht wird. Die Regelungen traten am 1.1.2015 in Kraft.</p>
1212	F 053	H011	Alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag F 051	Mit dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) wurde die Bedarfsplanung der Krankenhäuser sowie die Zusammenarbeit zwischen dem ambulanten und stationären Sektor reformiert. Der von der IG BCE geforderten Stärkung der Prävention wurde durch die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes in 2015 entsprochen. Die von der IG BCE geforderte Einführung einer Bürgerversicherung wird in der laufenden Legislaturperiode nicht kommen. Allerdings hat die Bundesregierung zentrale Forderungen der IG BCE aufgegriffen und hat diese in einem Gesetz zur Finanzierungsreform der GKV = Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (FQWG) beachtet. So erhalten die Selbstverwaltungen der Krankenkassen wieder das Entscheidungsrecht bei der Festlegung des Beitragssatzes zurück. Allerdings erfolgt die Festlegung kassenindividueller Beitragssätze auf der Basis eines zentralen Einheits-Beitragssatzes über Zusatzbeiträge. Durch die Festschreibung des Arbeitgeber-Beitrages und die alleinige Tragung des Zusatzbeitrages durch die Versicherten wird der Grundsatz der paritätischen Finanzierung vermutlich endgültig infrage gestellt. Immerhin wird ein vollständiger Finanzausgleich zwischen den Kassen eingeführt und der Risikostrukturausgleich so nachjustiert, dass ein gerechter Finanzausgleich zwischen den Kassen erreicht wird. Die Regelungen traten am 1.1.2015 in Kraft.

1213	G 003	J001	Industriegruppenarbeit ausbauen	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	
1214	M 001	J002	Gemeinsame Plattform für Industrie- und Chemieparkbetreiber	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Annahme als Material zu J001	Wird in Bayern durch unregelmäßige Branchentreffen umgesetzt.
1215	B 069	J003	Wissenschaftliche Begleitung eines Kunststoffprojekts	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag B 068	Mit der Erklärung zu Antrag B 068 ist oben stehender Antrag auch erledigt. Die IG BCE hat sich in ihrer Industriegruppen- und Branchenarbeit weiter intensiv mit den notwendigen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung der Branche Kunststoffverarbeitung befasst. Diese Arbeit hatte den Schwerpunkt, die Betriebsräte in der Kunststoffverarbeitung zu aktivieren und zu befähigen, nachhaltige Produkte, Produktionsverfahren und Arbeitsbedingungen in den Unternehmen einzufordern. Weiter hat sich die IG BCE in dem von den Sozialpartnern paritätisch besetzten „Zukunftforum für eine nachhaltige Kunststoffindustrie“ in die Themen Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, Energiepolitik, „Industrie 4.0“, Fachkräfteversorgung und Bündnis für Industrie eingebracht. Die IG BCE hat sich intensiv mit der Digitalisierung der Kunststoffverarbeitenden Industrie, wie sie unter dem Begriff „Industrie 4.0“ beschrieben und vorangetrieben wird, auseinandergesetzt. Insbesondere wurden Fragen technischer Veränderungen durch die Digitalisierung und deren Folgen für die Beschäftigten aufgegriffen. IG BCE Bayern hat wissenschaftliches Projekt in 2015/2016 dazu gemacht
1216	G 022	J009	Umgang mit Rechtsextremisten auf IG BCE Veranstaltungen	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Angenommen als Material zu Antrag G 021	Die Kampagne 'Lass es nicht so stehen!' bot unter anderem die Handlungshilfe an sich von der Abteilung Politische Schwerpunktgruppen - Bereich Migration/Integration schulen zu lassen, um Wortergreifungsstrategien o. ä. auf IG BCE Veranstaltungen zu unterbinden.
1217	G 033	J010	IG BCE goes 4 DiabetikerInnen	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Wurde in Bayern umgesetzt. Auf Bundesebene weitestgehend umgesetzt.
1218	G 009	J011	Ausbau und Stärkung der Arbeit mit Studierenden	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen	Erledigt. Im Rahmen der Zielgruppenarbeit wurde abgestimmt - auf die Strategie für Akademiker/-innen im Betrieb - eine Studierenden-Strategie der IG BCE für Hochschulen und Betriebe zu entwickeln. Im Rahmen dessen wurden verschiedene Materialien und Veranstaltungskonzepte ausgearbeitet und erfolgreich erprobt. Derzeit werden die Erfahrungen in das Tagesgeschäft überführt. Im Rahmen des Konzeptes ist die Zusammenarbeit und Abgrenzung der Zuständigkeiten mit DGB und HBS fester Bestandteil.
1219	S 007	J012	Stichtag für die Berechnung der Delegierten zum Gewerkschaftskongress	Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern	Landesbezirk Bayern	Einstimmig angenommen zur Weiterleitung an den Hauptvorstand	Satzungskommission hat sich damit beschäftigt. Aus technischen Gründen ist die Verschiebung nach hinten nicht möglich. Die Berechnung der Delegierten zum Kongress würde erst zu spät möglich sein.